



## **Niederschrift** **(öffentlicher Teil)**

über die 3. Sitzung des Stadtrates vom  
04.02.2010

Anwesend:  
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:  
Bürgermeister Richard Borgmann

Zu der Sitzung war unter Mitteilung der Tagesordnung am 26.01.2010 eingeladen worden.

In der Sitzung wurden ergänzende Informationen zum TOP 12 Pflasterschäden im Baugebiet Rott Nord verteilt.

Die Sitzung fand im Kapitelsaal der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 17:30 Uhr  
Ende: 21:05 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Stadtrat beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

### **Erweiterung der Tagesordnung um den TOP "Erarbeitung eines Einzelhandelskonzepts"**

**Vorlage: FB 3/171/2010**

#### **Beschluss:**

Die Tagesordnung im öffentlichen Teil wird um TOP 8.1  
"Erstellung eines Einzelhandelskonzepts"

und im nichtöffentlichen Teil um den TOP 11.1  
"Beauftragung zur Erarbeitung eines Einzelhandelskonzepts"

erweitert.

Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

## Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

- . Erweiterung der Tagesordnung um den TOP "Erarbeitung eines Einzelhandelskonzepts"  
Vorlage: FB 3/171/2010
- 1. Bestellung einer Schriftführerin / eines Schriftführers  
Vorlage: FB 1/226/2010
- 2. Schwimmbad  
hier: Konzept zur Wiederinbetriebnahme der Anlage  
Vorlage: D II/033/2010
- 3. Schwimmbad  
hier: Gründung der Badgesellschaft Lüdinghausen mbH  
Vorlage: D II/034/2010
- 4. Entwurf Produkthaushalt 2010- Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit Anlagen  
Vorlage: FB 2/312/2010
- 5. Umsetzung des Konjunkturpaketes II der Bundesregierung  
Vorlage: FB 2/308/2010
- 6. 1. Änderung und Erweiterung Bebauungsplan "Tetekum-Süd" (inklusive Einbezug Teilfläche "Tetekum")  
Vorlage: FB 3/169/2010
- 7. "Blaue Umweltplakette" für Elektrofahrzeuge in Lüdinghausen  
hier: Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 10.12.2009  
Vorlage: FB 4/179/2010
- 8. Neuwahl des Seniorenbeirates in der Stadt Lüdinghausen  
hier: Zustimmung zur Satzung und Geschäftsordnung des Seniorenbeirates  
Vorlage: FB 5/054/2010
- 8.1. Erarbeitung eines Einzelhandelskonzeptes  
Vorlage: FB 3/172/2010
- 9. Berichte
- 10. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

- 11. Realschule Lüdinghausen - Errichtung einer Übermittagsbetreuung -  
hier: Auftragsvergabe über die Schlosserarbeiten  
Vorlage: FB 2/309/2010  
Beauftragung zur Erarbeitung eines Einzelhandelskonzeptes
- 11.1. Vorlage: FB 3/173/2010
- 12. Pflasterschäden im Baugebiet Rott-Nord  
Vorlage: FB 3/170/2010  
Pflasterschäden im Baugebiet Rott Nord
- 12.1. - Ergänzende Tischvorlage -  
hier: Bürgerantrag gem § 24 der GO vom 29.01.2010  
Vorlage: FB 3/175/2010
- 13. Berichte
- 14. Anfragen



Stv. Spiekermann-Blankertz fragt zudem nach, welche Gründe eine Zwischenlösung unwahrscheinlich erscheinen ließen. Beigeordneter Dr. Scheipers antwortet, dass es nicht möglich sei, von heute auf morgen die Anlage zu öffnen, da sich das Hallenbad momentan in einem Insolvenzverfahren befinden würden. Insofern sei es schwer zu sagen, wie und wann sich eine Übergangslösung realisieren ließe. Momentan lägen die Stand-By-Ausgaben für den Wärme- und den Energiebedarf in Höhe von 20.000 Euro monatlich. Herr Kortendieck ergänzt, dass die Personalkosten für einen Schwimmmeister, der während der Woche die Betriebsanlagen wartet und instand hält sowie an drei Tagen in der Woche die Wasseraufsicht wahrnimmt, bei ca. 3.500 Euro monatlich liegen würden.

Zudem fragt Stv. Spiekermann-Blankertz nach der Energieversorgung des Bades. Herr Fischer erläutert, dass denkbar wäre, die Energie über die bisherige Leitung zu beziehen.

Frau Guntermann fragt nach dem Stand des Insolvenzverfahrens und wann mit dem Abschluß Ende zu rechnen sei. Herr Rechtsanwalt Hoppenberg erläutert, dass ein Ende des Insolvenzverfahrens nur schwer zu beurteilen sei. Der Insolvenzverwalter prüfe, ob genug Masse vorhanden sei, um die bestehenden Forderungen zu erfüllen. Zudem sei ein Heimfall davon abhängig, in welcher Organisationsform das Bad zukünftig betrieben werden soll.

Stv. Bontrup fragt nach belastbarem Zahlenmaterial für den Betrieb des Bades. Herr Mandt erläutert, dass das Lüdinghauser Bad sich in einer schwierigen Ausgangsposition befinde. Allerdings sei er der Ansicht, dass ein potentieller Betreiber eine eigene Potentialanalyse erstellen würde. Wichtig sei aus seiner Sicht, Vertrauen bei der Bürgerschaft zu schaffen und ein Anreiz- und Motivationssystem zu bilden.

Stv. Dr. Waldt verdeutlicht, dass sich der Rat in den letzten Wochen im Hinblick auf das laufende Verfahren beim Schwimmbad Lüdinghausen mit Äußerungen zurückgehalten habe. Allerdings soll zukünftig das Bad für die Bürger wieder offen sein. Auch soll die Führung bei der Stadt liegen. Er gibt allerdings zu bedenken, dass ein solches Engagement auch Kosten verursache. Aus seiner Sicht genieße erste Priorität das Schul- und Vereinsschwimmen.

Stv. Grundmann gibt zu bedenken, dass bei einem auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Insolvenzverwalter der Fall eintreten könne, dass das Verfahren auf Jahre verzögert werden könne. Rechtsanwalt Hoppenberg antwortet, dass das Schwimmbad in Lüdinghausen einer besonderen Situation unterliege. Der Eigentümer habe danach ein Heimfallrecht unabhängig von der Forderungen des Insolvenzverwalters. Im Ergebnis würde das Erbbaurecht aus dem Insolvenzverfahren herausgezogen.

Stv. Schwarzenberg drückt die Hoffnung aus, dass der jetzt vorgesehene Weg das beste Vorgehen für Lüdinghausen sei. Stv. Kehl gibt zu bedenken, dass das weitere Verfahren mit dem Haushalt im Einklang stehen müsse. Zudem müsste eine größtmögliche Kontrolle für die Stadt Lüdinghausen erreicht werden. Auch er wünsche sich den Weiterbetrieb des Bades. Auf die Nachfrage von Stv. Bontrup, ob in der Ausschreibung die Möglichkeit bestehe, einen Grenzwert für den städtischen Zuschuss einzusetzen, antwortet Herr Fischer, dass im Rahmen des Verhandlungsverfahrens eine Grenze einbezogen werden könne.

Stv. Breitbach erläutert, dass nach dem Zeitplan vorgesehen sei, das Schul- und Vereinsschwimmen ab dem 27.08.2010 zu realisieren. Doch gibt er zu bedenken, dass die Eltern erwarten würden, dass die Grundschulkinder die Schwimmfähigkeit erreichen würden. Er fragt an, ob bekannt sei, dass insbesondere bei den Viertklässlern die Schwimmfähigkeit erworben worden ist. Beigeordneter Dr. Scheipers erläutert, dass unmittelbar nach Ende des Badbetriebes Kontakt mit den Schulen aufgenommen worden sei. Es sei eine Solidarität zwischen den einzelnen Schulen eingetreten. An Herrn Breitbach gerichtet erläutert er, dass eine Abfrage bei den Grundschulen ergeben habe, dass für die jetzigen Viertklässler schon

im 2. und 3. Schuljahr ein Schwimmunterricht stattgefunden habe. Da die Schwimmfähigkeit nur subjektiv beurteilt werden könne, sei hierzu keine Abfrage durchgeführt worden.

**Beschluss:**

Das vorgestellte Konzept eines europaweiten Teilnahmewettbewerbs zur Auswahl und Beauftragung eines Betriebsführers für die Schwimmbadanlage wird beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Fachbüro die weiteren Vorbereitungen für eine rasche Einleitung des Wettbewerbs (öffentliche Bekanntmachung, Vorbereitung des nachfolgenden Vergabeverfahrens etc.) zu treffen. Im Vorfeld der öffentlichen Ausschreibung sollen die Vergabeunterlagen mit den maßgeblichen Bewertungskriterien dem Rat zur erneuten Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**TOP 3) Schwimmbad**

**hier: Gründung der Badgesellschaft Lüdinghausen mbH**

**Vorlage: D II/034/2010**

Rechtsanwalt Hoppenberg erläutert, dass von entscheidender Bedeutung die Beantwortung der Frage sei, in welcher Organisationsform das Bad zukünftig betrieben werden könne. Hierbei sei ein entscheidender Faktor die Einflussmöglichkeit der Stadt. Er erläutert, dass in öffentlich-rechtlicher Form die Stadt das Bad als a) Regiebetrieb b) Eigenbetrieb und c) Anstalt öffentlichen Rechts betreiben könne. Als privatrechtliche Form biete sich eine GmbH an. Er gibt zu bedenken, dass bei einem Regie- oder Eigenbetrieb die Körperschaftssteuer zu entrichten wäre und aus diesem steuerlichen Aspekt heraus diese Organisationsform weniger geeignet sei. Es sei zu berücksichtigen, dass bei einem Buchwert von z.B. 4.000.000 Euro ohne die Möglichkeit der Anrechnung von Verbindlichkeiten eine Steuergefahr von ca. 1.200.000 Euro bestehen würde. Bei den anderen Organisationsformen der Anstalt des öffentlichen Rechts und der GmbH entstünden keine steuerlichen Risiken. Er verdeutlicht, dass bei einer Anstalt des öffentlichen Rechts die Stadt den Einfluss dahingehend ausüben könne, dass sie mit Mitgliedern im Verwaltungsrat vertreten sei. Ebenso könne bei einer GmbH eine Gesellschafterversammlung mit Ratsmitgliedern besetzt werden. Zudem müsse aus seiner Sicht die Ausgestaltung der Überwachung eng gestaltet sein. So können dem Geschäftsführer Vorgaben in der Form gemacht werden, dass er am Ende des Jahres verpflichtet sei, für das Folgejahr einen Business-Plan aufzustellen, der vom Aufsichtsrat oder von der Gesellschafterversammlung genehmigt werden müsse. Jede darüber hinausgehende Position sei nur mit Zustimmung der Gesellschafterversammlung möglich. Im Ergebnis ergeben sich sowohl bei der Anstalt öffentlichen Rechts als auch bei der GmbH hervorragende Möglichkeiten der Einflussnahme. Die Entscheidung, ob nun eine Anstalt öffentlichen Rechts oder eine GmbH zum Tragen käme, sei von der Schwerpunktsetzung der Stadt abhängig. Verfolge sie einen hoheitlichen Charakter, wäre die Anstalt öffentlichen Rechts die richtige Organisationsform, während bei einer GmbH die privatrechtliche Organisationsform für eine unternehmerische Aktivität stehen würde.

Stv. Breitbach spricht sich dafür aus, die Angelegenheit zur nächsten Ratssitzung am 18.03.2010 zu vertagen, um noch weitere Informationen über die Organisationsformen zu erhalten.

Stv. Schäfer spricht sich ebenfalls für eine Vertagung aus. Er fragt zudem an, ob bei einer Anstalt öffentlichen Rechts auch eine Stammeinlage ähnlich wie bei einer GmbH in Höhe von 25.000 Euro hinterlegt werden müsse. Rechtsanwalt Hoppenberg erläutert, dass auch bei einer Anstalt öffentlichen Rechts ein angemessenes Eigenkapital hinterlegt werden müsse, um die Obliegenheiten des Geschäftsbetriebes bewältigen zu können. Auf die Anfrage von Stv. Schäfer antwortet Rechtsanwalt Hoppenberg, dass ähnlich wie bei einer GmbH auch bei einer Anstalt des öffentlichen Rechts der größte laufende Posten die Jahresabschlussprüfung sei. Zudem bestehe bei einer Anstalt öffentlichen Rechts und bei einer GmbH kein Unterschied hinsichtlich der Umsatzsteuer- oder Mehrwertsteuerpflicht. Wichtig sei, dass beim Betreibervertrag darauf geachtet werde, dass kein Steuertatbestand erfüllt sei. Zudem fragt Stv. Schäfer an, ob es ähnlich wie in einer GmbH auch bei einer Anstalt öffentlichen Rechts möglich sei, Anteile zu veräußern. Rechtsanwalt Hoppenberg verneint dies. Allerdings sei es möglich, eine Anstalt öffentlichen Rechts in eine GmbH umzuwandeln. Dies verursache allerdings enorme Kosten.

Für Stv. Mönning lägen durch die heutige Beratung neuere Informationen vor, die noch einer internen Beratung bedürfen. Er spricht für eine vergleichende Synopse der Eigenschaften von Anstalt öffentlichen Rechts und GmbH aus. Stv. Kehl ergänzt, dass eine solche Synopse zudem auch die Bereiche Eigenbetrieb und Regiebetrieb enthalten solle. Er spricht sich für eine Vertagung der Angelegenheit auf die nächste Ratssitzung aus.

#### **Beschluss:**

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Ratssitzung am 18.03.2010 vertagt. Bis dahin sind die Vor- und Nachteile der möglichen Organisationsformen Eigenbetrieb, Regiebetrieb, Anstalt öffentlichen Rechts und GmbH zusammenzustellen und dem Rat vorzulegen.

Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

#### **TOP 4) Entwurf Produkthaushalt 2010- Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit Anlagen Vorlage: FB 2/312/2010**

Die vom Bürgermeister Borgmann verlesene Haushaltsrede ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt. Es gilt das gesprochene Wort.

#### **Beschluss:**

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2010 mit ihren Anlagen wird zur weiteren Beratung an den HFA und die Fachausschüsse verwiesen.

Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

## **TOP 5) Umsetzung des Konjunkturpaketes II der Bundesregierung**

### **Vorlage: FB 2/308/2010**

Stv. Schulze-Uphoff erklärt sich für befassen und nimmt in dem für die Zuhörer vorgesehenen Teil des Sitzungssaales platz. Stv. Mönning schlägt vor, den Umbau der Umkleide I und II Stadion nicht nur in Anlehnung an die EnEV 2009, sondern in Befolgung der EnEV 2009 durchzuführen. Herr Bruns erläutert, dass das technisch Mögliche umgesetzt werden soll.

Stv. Mönning sieht den Ausbau des Wirtschaftsweges im Bechtrup kritisch. Bürgermeister Borgmann gibt zu bedenken, dass diese Baumaßnahme in der Übersicht an letzter Stelle aufgelistet sei. Hier gelte es, den Mittelverbrauch bei den weiter vorn aufgelisteten Maßnahmen zu beachten. Ggf. sei, falls die Mittel erschöpft seien, nur ein Teilausbau des Wirtschaftsweges möglich.

Stv. Mönning hält die Beteiligung der Anlieger beim Ausbau des Wirtschaftsweges für notwendig. Auch Stv. Friedenstab spricht sich für die Streichung des Ausbaus des Wirtschaftsweges aus. Hierbei weist er auf einen Artikel in der Ausgabe 01/2010 des Städte- und Gemeinderates hin. Er spricht sich dafür aus, eine Analyse durchzuführen, welchem Zweck dieser Weg diene. Auch Stv. Kehl sieht den Ausbau des Wirtschaftsweges Bechtrup kritisch. Er berichtet darüber, dass einige Kommunen im Kreis Coesfeld eine Beteiligung der Anlieger an den Kosten vorsehen würden. Nach seiner Ansicht sollte die Verwaltung bei den Haushaltsplanberatungen vorstellen, wie dieses Thema angegangen werden könne.

Neben Stv. Spiekermann-Blankertz spricht auch er sich für eine Einzelabstimmung der Punkte aus. Stv. Schwarzenberg spricht sich dafür aus, einen Vorratsbeschluss dahingehend zu fassen, dass ein Ausbau des Weges erst dann erfolgen solle, falls nach der Realisierung der übrigen Maßnahmen noch Mittel vorhanden seien.

Stv. Spiekermann-Blankertz meldet rechtliche Bedenken an, ob ein Ausbau des Wirtschaftsweges aus Mitteln des Konjunkturpakets II rechtlich zulässig sei. Für Stv. Mönning stellt der Ausbau des Wirtschaftsweges eine wirtschaftliche Verbesserung dar, bei denen die Anlieger zur Finanzierung des Weges beitragen müssten. Die Anfrage von Stv. Dr. Waldt, ob ein Ausbau der Wirtschaftswege aus Mitteln des Konjunkturpakets II möglich sei, bejaht die Verwaltung. Aus seiner Sicht sei es Aufgabe der Haushaltskonsolidierung, über eine finanzielle Anliegerbeteiligung nachzudenken. Bürgermeister Borgmann erinnert daran, dass im November 2009 der Städte- und Gemeindebund NW, die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe und die Fachhochschule Detmold die Thematik der Anliegerbeteiligung bei dem Ausbau von Wirtschaftswegen vorgestellt hätten. Nach seiner Ansicht habe bisher im Kreis Coesfeld nur die Stadt Coesfeld die finanzielle Beteiligung der Anlieger beim Ausbau von Wirtschaftswegen betrieben. Allerdings sei eine Realisierung noch nicht erfolgt. Er ist der Meinung, dass dies ein Thema für die Haushaltskonsolidierung sei. Auf die Nachfrage von Stv. Friedenstab antwortet Herr Bruns, dass bei der Sanierung der Sanitäreanlagen für das öffentliche WC in der Burgstraße eine Abstimmung mit der AWO stattgefunden habe.

### **Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt für den Förderbereich „Sonstige Infrastrukturinvestitionen“ die Auftragsvergaben für die weiteren nachfolgend aufgeführten Maßnahmen vorzubereiten und in die Wege zu leiten.

- öffentliche WC, Burgstraße: Sanierung der Sanitäreanlagen
- Biologisches Zentrum: Dämmmaßnahmen und 2 Fensterelemente

- Feuerwehr Lüdinghausen: Dämmung der Dachhaut und Neueindeckung
- Steverstraße 34: Ausbau Dachgeschoss zur Lagernutzung
- Umkleide I + II Stadion Lüdinghausen: Dämmung/Fenster/Heizung
- Ehemalige Verwaltungsnebenstelle Mollstraße: Dachgeschoss Dämmmaßnahmen/ Fenstererneuerung
- Bauhof: Erneuerung Heizung und Sanierung WC / Duschen

1a. Der Rat beschließt die in der Sitzung des Rates am 08.10.2009 beschlossene Maßnahme „Borg 4 Umbau und Sanierung“ nicht im Rahmen des Konjunkturpaketes II durchzuführen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Förderbereich „Bildungsinfrastruktur“ die Auftragsvergaben für die weiteren nachfolgend aufgeführten Maßnahmen vorzubereiten und in die Wege zu leiten.

- Hauptschule: Sanierung der WC-Anlagen
- Realschule: brandschutztechnische Verbesserungen

3. Der Rat beschließt, die Anträge von Drittorganisationen zum Konjunkturpaket II nicht weiter zu berücksichtigen.

Ja-Stimmen:	35
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

### **Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt für den Förderbereich „Sonstige Infrastrukturinvestitionen“ die Auftragsvergaben für die weitere nachfolgend aufgeführte Maßnahme vorzubereiten und in die Wege zu leiten

- Wirtschaftsweg in Bechtrup Verstärkung des Straßenausbaus im Hocheinbau

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	15
Enthaltungen:	1

**TOP 6) 1. Änderung und Erweiterung Bebauungsplan "Tetekum-Süd" (inklusive Einbezug Teilfläche "Tetekum")**

**Vorlage: FB 3/169/2010**

**A. Beratung über die vorgetragenen Anregungen**

**a) IHK NordWestfalen, Schreiben vom 15.1.2010**

**Beschluss:**

Der Rat beschließt entsprechend dem in der Sitzungsvorlage genannten Abwägungsvorschlag.

Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**b) Westälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband (WLV), Kreisverband Coesfeld, Schreiben vom 19.1.2010**

**Beschluss:**

Der Rat beschließt entsprechend dem in der Sitzungsvorlage genannten Abwägungsvorschlag.

Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**c) Westälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband (WLV), Landwirtschaftlicher Ortsverein Seppenrade, Schreiben vom 20.1.2010**

**Beschluss:**

Der Rat beschließt entsprechend dem in der Sitzungsvorlage genannten Abwägungsvorschlag.

Ja-Stimmen:	35
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

**d) Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Schreiben vom 20.1.2010**

**Beschluss:**

Der Rat beschließt entsprechend dem in der Sitzungsvorlage genannten Abwägungsvorschlag.

Ja-Stimmen:	35
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

**B. Fassung des Satzungsbeschlusses**

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Tetekum-Süd" (inkl. Einbezug einer Teilfläche des Bebauungsplanes "Tetekum") einschließlich Begründung gem. § 10 BauGB als Satzung.

Ja-Stimmen:	35
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

**TOP 7) "Blaue Umweltplakette" für Elektrofahrzeuge in Lüdinghausen**  
**hier: Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 10.12.2009**  
**Vorlage: FB 4/179/2010**

Stv. Möllmann erläutert den Antrag. Nach seiner Ansicht verkennt die Vorlage der Verwaltung die Bedeutung der blauen Plakette. Sie habe eine andere Qualität als die sonstigen Umweltplaketten.

Beigeordneter Dr. Scheipers unterstützt grundsätzlich das im Antrag formulierte Ansinnen. Allerdings weist er auf die rechtliche Situation hin. So enthalte die Bundesimmissionsschutzverordnung keinerlei Regelung zur blauen Plakette. Auch sehe die Straßenverkehrsordnung keine Befreiung beim Parken für Fahrzeuge mit einer solchen Plakette vor.

Stv. Spiekermann-Blankertz spricht sich dafür aus, den Antrag an den zuständigen Fachausschuss zu verweisen. Zudem ist er der Ansicht, den Auftrag an die Verwaltung auszusprechen, zusammen mit anderen Cittaslow-Städten nach Möglichkeiten der Umsetzung zu suchen.

Für Stv. Grundmann ist die Kombination aus Elektrofahrzeugen und der Gewinnung von Strom aus regenerativen Energien eine ideale Ergänzung. Daher soll die Stadt ihre Bemühungen verstärken, auf ihrem Stadtgebiet regenerative Stromerzeugungskapazitäten aufzubauen.

Für Stv. Kehl sollten auf städtischem Boden Flächen ausgewiesen werden, auf denen E-Fahrzeuge kostenlos parken können. Nach seiner Ansicht könnten beispielsweise auf der Pferdewiese 3 Parkplätze für E-Fahrzeuge eingerichtet werden.

Nach Ansicht von Stv. Tüns müsste der Marketing-Gedanke berücksichtigt werden. So könne durch zukunftssträngige Innovationen ein Zeichen gesetzt werden. Die Stadt solle die Möglichkeit prüfen, freie Parkplätze zu schaffen.

Stv. Dr. Waldt spricht sich für einen Verweis an den Haupt- und Finanzausschuss bei gleichzeitiger Überprüfung der Rechtslage aus. Nach Ansicht von Stv. Möllmann dürfe nicht viel Zeit verloren werden, da die Elektromobilität zurzeit ein wichtiges Thema sei. Auch seien die wirtschaftlichen Auswirkungen zu betrachten.

Stv. Reismann stellt den Antrag, die blaue Plakette auch für Pferde mit Sturzkarren zu erteilen. Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Für Stv. Friedenstab ist nicht der Haupt- und Finanzausschuss, sondern der Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt der zuständige Ausschuss.

**Beschluss:**

Antrag der SPD-Fraktion, eingebracht von Stv. Spiekermann-Blankertz  
 Die Beratung der Thematik "Blaue Umweltplakette" für Elektrofahrzeuge in Lüdinghausen wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt am 02.03.2010 vertagt.

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	16
Enthaltungen:	4

**Beschluss:**

Antrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" eingebracht von Stv. Grundmann  
Null-Emissionen werden nur erreicht, wenn der Strom regenerativ erzeugt wird. Daher verstärkt die Stadt ihre Bemühungen, auf ihrem Stadtgebiet regenerative Stromerzeugniskapazitäten aufzubauen.

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	20
Enthaltungen:	0

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, sich für die gesetzlich notwendigen Änderungen einzusetzen, die eine mit Umweltschutzaspekten begründete Parkgebührenbefreiung respektive Sonderparkberechtigung für Elektrofahrzeuge möglich machen. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt zu prüfen, ob und zu welchen Bedingungen sie dem derzeit in Gründung befindlichen Lokalverbund „Kommunalverbund Pro Null-Emission e. V.“ beitreten kann.

Zudem soll die rechtliche Problematik in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt am 02.03.2010 vorgestellt werden.

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	7

**TOP 8)    Neuwahl des Seniorenbeirates in der Stadt Lüdinghausen**  
**hier: Zustimmung zur Satzung und Geschäftsordnung des Seniorenbeirates**  
**Vorlage: FB 5/054/2010**

Die Satzung für den Seniorenbeirat der Stadt Lüdinghausen und die Geschäftsordnung für den Seniorenbeirat der Stadt Lüdinghausen sind der Niederschrift als Anlage 3 und 4 beigelegt.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Lüdinghausen stimmt der geänderten Satzung sowie der geänderten Geschäftsordnung des Seniorenbeirates zu.

Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**TOP 8.1) Erarbeitung eines Einzelhandelskonzeptes****Vorlage: FB 3/172/2010**

Für Stv. Spiekermann-Blankertz besteht keine Notwendigkeit, über diesen Tagesordnungspunkt heute zu beraten. Nach seiner Ansicht sei eine Diskussion während der Haushaltsplanberatungen angezeigt. Stv. Bontrup ist gleicher Ansicht. Nach Ansicht von Stv. Schäfer sollte derjenige, der „die Musik bestellt“, auch bezahlen. Im Ergebnis bedeutet dies, dass das Land durch den Einzelhandelserlass eine Bestellung aufgegeben habe und diese auch bezahlen müsse. Hier allerdings sei die Stadt Lüdinghausen gezwungen, die Ausgaben zu tätigen. Nach seiner Ansicht sei es wichtig, dass das Konzept Investoren anlocken soll.

Nach Ansicht von Stv. Kehl soll der Tagesordnungspunkt bei den Haushaltsplanberatungen berücksichtigt werden. Zudem sei es möglich, bei aktuellen Anfragen eine kurzfristige Information an die Politik zu geben.

Antrag der SPD- und UWG-Fraktion

Der Tagesordnungspunkt "Erarbeitung eines Einzelhandelskonzeptes" wird bis auf Weiteres vertagt.

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	23
Enthaltungen:	5

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit dem Verein LH-Marketing ein gesamtstädtisches Einzelhandelskonzept mit erweitertem Analyse- und Empfehlungsfeld "Innenstadt" durch ein Fachbüro erstellen zu lassen.

Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	4
Enthaltungen:	5

**TOP 9) Berichte**

Fehlanzeige

**TOP 10) Anfragen**

Fehlanzeige

---

Bürgermeister Richard Borgmann  
Vorsitzende/r

---

Matthias Kortendieck  
Schriftführer/in

## Anwesenheitsliste

### zur 3. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Lüdinghausen am 04.02.2010

#### anwesend:

##### Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	
------------------------------------	--

##### CDU-Fraktion

Breitbach, Norbert	
Ernst, Wolfram	
Horstmann, Heinrich	
Kasberg, Bertholt	
Krüger, Doris	
Möllmann, Bernhard	
Schäper, Gabriele	
Schmidt, Knut	außer TOP 12
Schnittker, Alois	
Schotte, Irmgard	
Schulze Uphoff, Theo	außer TOP 5
Schweer, Wolfgang	außer TOP 7
Suttrup, Thomas	
Tüns, Dieter	
Waldt, Klaus-Dieter Dr.	
Weiland, Josef	

##### SPD-Fraktion

Breuer, Herbert	
Friedenstab, Artur	
Havermeier, Susanne	außer TOP 12
Kleyboldt, Josephine	
Knuhr, Willi	
Spiekermann-Blankertz, Michael	

##### Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Fohrmann-Schwerter, Ulrich	
Grundmann, Eckart	
Guntermann, Christine	
Möller, Norbert	
Mönning, Peter	
Wippich, Rainer	

**UWG-Fraktion**

Berau, Jürgen	
Bontrup, Florian	
Kehl, Markus	

**FDP-Fraktion**

Fricke, Cornelia	
Reismann, Günter	
Schäfer, Gregor	
Schwarzenberg, Heribert	

**von der Verwaltung**

Gantefort, Markus	
Kortendieck, Matthias	
Scheipers, Ansgar Dr.	

Bruns, Winfried	
Fischer	Fa. VBD zu TOP 2 und 3
Hoppenberg, Michael	nur TOP 2 und 3
Mandt	Fa. VBD zu TOP 2 und 3
Milde, Paul	nur TOP 2 und 3

**Entschuldigt:****CDU-Fraktion**

Holz, Anton	
Höring, Volker	

**UWG-Fraktion**

Wannigmann, Josef	
Wischnewski, Susanne	
Wischnewski, Wolfgang Dr.	